

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis: 12 Pf. monatlich, 36 Pf. vierteljährlich, 1,20 Pf. halbjährlich, 2,40 Pf. jährlich. Einmalige Belegzahlungen sind jederzeit möglich. Ausland: 1,50 Pf. monatlich, 4,50 Pf. vierteljährlich, 9,00 Pf. halbjährlich, 18,00 Pf. jährlich. Postamt: 10 Pf. monatlich, 30 Pf. vierteljährlich, 60 Pf. halbjährlich, 120 Pf. jährlich.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschafts Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abbestellung: 14. Tage vorher. Bei Nichterhaltung des Blattes ist die Abbestellung nicht anzunehmen. Die Abbestellung ist schriftlich zu erfolgen. Die Abbestellung ist für den nächsten Tag zu gelten. Die Abbestellung ist für den nächsten Tag zu gelten.

Einzigste Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Die Sicherheit soll für neutral erklärt werden

Englische Konferenzpläne nach Schweizer Vorbild

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. Mai.

Im Zusammenhang mit englischen Pressemeldungen lauschen in Londoner politischen Kreisen Pläne auf, eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der das tschechoslowakische Problem geregelt werden soll. Man denkt dabei in London daran, daß die Tschechoslowakei, ähnlich wie die Schweiz, für neutral erklärt werden könnte. Inwieweit es sich hierbei um Pläne und Absichten der englischen Regierung handelt, muß allerdings dahingestellt bleiben.

Der Plan, neutrale Beobachter in die sudetendeutschen Gebiete zu entsenden, wird in London noch immer erörtert, wenngleich es auch nicht an Stimmen fehlt, die sich gegen eine solche Absicht wenden, weil man darin eine noch härtere Einmischung Großbritanniens in Mitteleuropa erblicken könnte und mühte, als sie bisher schon zu verzeichnen war. Trotzdem kann man hören, daß die englische Regierung möglicherweise noch im Laufe dieser Woche eine formale Anfrage nach Prag richten wird, ob und wann die ersten Beobachter ihre Tätigkeit aufnehmen können.

Aus Prag selbst liegen Stimmen, die auf eine Entspannung ähnlichen lassen würden, bisher noch immer nicht vor. Es gibt vielmehr Kreise, die gerade auf Grund der letzten Tage eine Erweiterung der Dienstpflicht fordern und die Einführung der dreitägigen Dienstzeit verlangen. Auch wird nach wie vor auf die Möglichkeit einer Hilfe der

Roten Armee hingewiesen. So betont der Vorsitzende des Wahlausschusses des tschechischen Parlaments, Davids, der anlässlich der Waisfeier mit einer tschechischen Delegation nach Moskau gereist war, in einem Zeitungsinterview erneut die Hilfsbereitschaft der Sowjetarmee. Ein Mitglied des Obersten Sowjet habe ihm erklärt, daß die Rote Armee schon ihren Weg nach der Tschechoslowakei finden werde. Daß gerade solche Pressemeldungen im gegenwärtigen Augenblick nicht zu einer Entspannung der Lage beitragen, liegt auf der Hand. Sie behältigen lediglich die hier schon vor einigen Tagen wiedergegebene Redart, die sich jetzt auch der „Oberver“ aneignet, daß es in der Tschechoslowakei eine Partei der Arbeiter gibt, wobei der „Oberver“ hinzufügt, daß vor allem im tschechischen Generalstab Kriegszwecke zu finden seien und daß die hauptsächlichsten Ziele des Ozeas sowie die Regionäre die Hauptgefahr bilden.

Europäische Aufgabe

Europa! Das ist ein Begriff, so bunt und mannigfaltig, daß der Politiker sich oft scheut, ihn als Sammelnamen zu gebrauchen. Dort im Raume stehen sich die Dinge. Aus gelassen und gebietmächtigen Entwicklungen ergeben sich Spannungsmomente. Alle von höherer Warte geschaute staatsmännliche Weisheit unseres Erdteils kann nur darin bestehen, Reibungsflächen zu beseitigen und dem zu dienen, was gemeinhin die Befriedigung Europas zu nennen pflegt. Ist diese seit dem Weltkrieg vorangefahren? Durch die Friedensschlüsse gewiß nicht. Aber übersehen wir die Landkarte, so ist unsere Antwort dennoch ein Ja. Es gibt eine Reihe von Grenzen, hinter denen man nicht mehr dauernd drohende Kanonen und Aufmärsche von Truppen vor dem geistigen Auge sieht. Eine alte brennende Zone war der Osten. Aber aus freien Stücken hat der Führer des Deutschen Reiches und Volkes erklärt, daß nach der Rückkehr des Saargebietes von Deutschland keine territorialen Forderungen mehr gegen Frankreich geltend gemacht werden. Das Wort „Erbsünde“ hat die deutsche politische Führung benutzt aus dem Sprachschatz ausgemergelt, und selbst das alte, vielgelungene Soldatenlied „Marsch! Marsch!“ mit „wir Frankreich schlagen“ wurde verboten und verboten. Mit gelassener Ruhe warten wir ab, daß sich im Laufe der Zeit, wenn die jüngere Generation in Frankreich aus Ruder gelangt, die sinnlose, krankhafte Furcht einmal legt, die wir heute noch beobachten.

Geden wir weiter zum Osten. Oesterreich hat aufgehört, sich einer zweifelhaften staatlichen Selbstständigkeit zu „erfreuen“, und wer wollte leugnen, daß dadurch nicht nur eine Grenze verschwunden ist, die überflüssig war, sondern auch ein Intrigenspiel sein Ende gefunden hat, das von Wien aus immer wieder verfuhrte, die europäische Politik zu verwirren. Der Anschluß brachte nicht nur einen Machtzuwachs für Deutschland, sondern räumte im Interesse Gesamt Europas ein Pulverfaß aus. Eine organische Lösung, wie sie hier erreicht wurde, bedeutet eben auch immer einen Fortschritt für die Gesamtheit. Diese Tatsache als erster mit erkannt und gewürdigt zu haben, bleibt ein hervorragendes Verdienst Wrosockis, der damit vor der Welt eine überragende Probe seines staatsmännischen Weltbildes und seiner Weisheit ablegte. Der Brenner wurde die unmittelbare Grenzlinie zwischen Deutschland und Italien. Aber er bildet nicht Trennungslinie, sondern Hindernis und darüber hinaus ein vielgestaltiger Austausch. Zwei große Staatsmänner führen gewandt zwei große Völker zu immer innigerer Freundschaft. Von Stenbura bis Marjala hat die Kleinheit Europas und Kleinlichkeit aufgehört, zu bestehen. Durch die Mitte unseres Erdteils ist ein Friedensblock gelegt, dessen Bestand von Süden wie drüben auf Menschenalter hinaus gedacht ist.

Die Welle ist das wichtigste und dauerhafteste Friedenselement Europas. Aber an ihr reflektieren sich andere schwerwiegende Faktorschlüsse, die gleichfalls mit dem Bild in eine weiterreichende Zukunft ausgedehnt wurden. Hierher gehört das deutsche Flottenabkommen mit England, das bisher einzige Vertragswerk der Erde, das auf dem Gebiete der Seerüstungen eine quantitative Begrenzung festlegt. Es will ein für alle Male eine Rivalität zwischen Deutschland und Großbritannien ausschalten, wie sie für den Ausbruch des Weltkrieges eine verhängnisvolle Ursache war. Zwischen Deutschland und Polen kam jene Übereinkunft zustande, die die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau auf eine neue Grundlage stellte. Aber auch im Südosten fanden sich Staatsmänner, die begriffen, daß ein neuer Welt seinen Eingang halten müßte. Wir denken hierbei vor allem an Stojadinowitsch, den Ministerpräsidenten Jugoslawiens. Er schloß den Freundschaftspakt mit Bulgarien, brachte das Verhältnis zu Italien ins reine, und Jugoslawien als Vormacht des Balkans sorgte dafür, daß der Balkan, einst der Unruheherd Europas und als solcher selbst im Gedächtnis, nicht nur aufhörte, diese fragwürdige Rolle zu spielen, sondern ein Ort des Friedens wurde. Die Blätter Belgrads und Sofias stellen diese Tatsache gerade zur Zeit wieder mit Befriedigung fest. Gleichgültig aber weisen sie darauf hin, daß die Gefahrenzone sich näher nach Mitteleuropa verlagert habe und Prag sei ihr Zentrum sei. Der Vielvölkerstaat der Tschechoslowakei ist es, der den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, heute der „Balkan“ Europas zu sein. Nur vereinzelt hört man bisher bei den Weltmächten auf Stimmen, die bereit sind, mit weiterem politischem Blickfeld auf die Frage der Tschechoslowakei einzugehen. Eine solche laß man hören im „Oberver“. In diesem Blatt veröffentlichte Garvin einen Leitartikel, in dem er klar und deutlich erklärte, die Tschechoslowakei hätte niemals durch die Torheit von Versailles gelassen werden sollen. Das ist ein nur zu wahres Wort. Ein Zufall wollte es, daß es an demselben Tage veröffentlicht wurde, an dem der deutsche Reichsminister Dr. Goebbels in Dehau sprach und ebenfalls Stellung zu dem Problem nahm, das zur Zeit mehr als irgend ein anderes im Vordergrund steht. Dr. Goebbels brachte nochmals unmissverständlich den deut-

Einzigste Kommunisten wählen Konrad Henlein

Der sudetendeutsche Wahltag macht in der ganzen Welt tiefen Eindruck

Berlin, 30. Mai.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen in der Tschechoslowakei, die auch in der zweiten Etappe die klare Überlegenheit der Partei Konrad Henleins und die nahezu hundertprozentige Geschlossenheit der sudetendeutschen Bevölkerung bewiesen, werden in aller Welt auch weiterhin stark beachtet.

Unter den französischen Zeitungen steht das „Journal“ an Hand der Wahlstatistik fest, daß die Kommunisten und Sozialdemokraten eine schwere Niederlage erlitten haben. Man habe einen Massenabzug der kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen erlebt, die zur sudetendeutschen Partei übergegangen seien. So habe beispielsweise Henlein in dem Industriegebiet von Reichenberg fast zwei Drittel der früher kommunistisch stimmenden Wähler zu sich herübergezogen. Das Blatt belegt diese Feststellungen mit eingehenden Vergleichsziffern aus den Ergebnissen von 1931. Dieses Phänomen sei auch in anderen Wahlgebieten zu verzeichnen.

In Paris verläutet noch, daß das Nationalitäten-Kabarett nach dem letzten Wahltag, etwa Mitte Juni, der Öffentlichkeit unterbreitet werden würde.

Ein Teil der englischen Presse versucht der Lage geheimer zu werden, als es die französischen Blätter im all-

gemeinen tun. Man verkennt dabei nicht, daß zwar augenblicklich eine Entspannung eingetreten ist, daß diese Entspannung aber doch nur eine Atempause bedeutet und daß noch nichts geschehen ist, um die Spannung wirklich zu beseitigen. Die „Times“ vertritt dazu die Ansicht, daß die Zukunft Europas von der Fähigkeit abhängt, unvermeidliche Veränderungen auf friedlichem Wege durchzuführen.

Bekennnis zur Volksgemeinschaft strafbar

Reichenberg (Böhmen), 30. Mai.

Gegen alle sudetendeutschen Gerichtsbeamten Reichenbergs, die an der Feier des 1. Mai teilgenommen haben, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Diese Untersuchung wird vom Vizepräsidenten des Prager Landesgerichts Dr. Dobias geführt, der am Freitag in Reichenberg eingetroffen ist. Die deutschen Beamten wurden nach ihrer Teilnahme und ihrem Verhalten erfragt und ob sie der Erklärung zugestimmt haben, die von der Versammlung als Zustimmung zu den Forderungen der sudetendeutschen Partei begehrt worden war. Ebenso wie in Reichenberg finden ähnliche Vernehmungen auch bei anderen Gemeinden im sudetendeutschen Gebiet statt.

Der Pittsburger Vertrag in Prag eingetroffen

Drahtbericht unseres Prager gs-Mitarbeiters

Prag, 30. Mai.

Die vor wenigen Tagen auf einem polnischen Schiff in Gdingen gelandete Abordnung amerikanischer Slowaken ist am Montagabend, am 20. Jahrestag der feierlichen Unterzeichnung des Pittsburger Vertrags mit dem Original dieser Urkunde, in der die Tschechen den Slowaken die volle Auto-

nomie zusichern, in Prag eingetroffen. Die Abordnung wird am Dienstag vom Staatspräsidenten Dr. Benesch und Ministerpräsident Dr. Hodza empfangen werden. In Prag ist man aus begrifflichen Gründen bemüht, den Eindruck zu erwecken, als ob es sich bei den slowakischen Feierlichkeiten, die während der Pfingstfeiertage in Preßburg in einer Massenkundgebung für die im Pittsburger Vertrag verprochenen Autonomie ihre Höhepunkte erreichen werden, nicht um eine einseitig slowakische nationale Demonstration handele. Die Prager Regierung ist vielmehr bestrebt, den slowakischen Kundgebungen einen gesamtstaatlichen Rahmen zu verleihen, um dadurch vor dem Ausland die Fiktion der „tschechoslowakischen Einheit“ aufrechtzuerhalten.

Dagegen stellen sich die Überbringer des Pittsburger Vertrages und mit ihnen alle in Amerika lebenden Slowaken bedingungslos hinter die Forderungen des freien Autonomieführers Olinka. Als Voraussetzung für die Verwirklichung des Pittsburger Vertrages fordern sie die Verwirklichung eines unabhängigen slowakischen Landesparlamentes, die Slowakisierung der Preßburger Universität, die Abschaffung der tschechischen Zensur in der Slowakei, die Befreiung aller Beamtenstellen in der Slowakei mit slowakischen Bewerbern, die Rückgabe der den Slowaken abgenommenen Industriebetriebe in slowakischen Volksbesitz und die slowakische Teilnahme am diplomatischen Dienst und in der Armee. Die Forderungen des Vaters Olinka erhalten besonderes Gewicht durch den Umstand, daß die überwiegende Mehrheit des slowakischen Volkes, wie das Ergebnis der tschechischen Gemeindevahlen deutlich zeigt, hinter der autonominischen slowakischen Volkspartei steht.

Prag gibt Zusicherungen

Drahtbericht unseres Prager gs-Mitarbeiters

Prag, 30. Mai.

Der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Eisenlohr, wurde am Montag vom Vorstand der politischen Sektion des tschechoslowakischen Außenamtes über das Ergebnis der Untersuchungen informiert, die im Zusammenhang mit dem Einschreiten der deutschen Gesandtschaft in der Angelegenheit einiger tschechoslowakischer Militärflugszeuge über reichsdeutschem Gebiet geführt worden waren. Dem Gesandten des Deutschen Reichs wurde versichert, daß in allen Fällen, in denen ein Verstoß festgestellt werden konnte, die Schuldigen bestraft worden seien. Um das Risiko derartiger Vorfälle noch vollkommener auszuschalten, hätten die zuständigen Behörden verfügt, daß die Grenzzone, in welcher tschechoslowakische Militärflugszeuge das Überfliegen verboten ist, von 5 auf 10 Kilometer erweitert wird.